



Mehrwertsteuer: System, Brüche, Reformbedarf

Prof. Dr. Joachim Englisch



I. Systematische Grundlagen

- Allgemeine Verbrauchsteuer auf Konsumaufwendungen
- Steuerschuldner sind die Unternehmer
 - Steuer ist auf Überwälzung angelegt = indirekte Verbrauchsteuer
 - Unternehmer fungieren nur als Steuereinsammler
- Grundprinzipien:
 - Gleichmäßige Belastung der Verbraucher entsprechend der Höhe der Konsumaufwendungen (gleichheitsrechtl. Dimension)
 - Wettbewerbsneutralität für Unternehmen (gleichheits- und freiheitsrechtl. Dimension)



II. EG-rechtliche Überlagerung

- Weitgehende Harmonisierung durch EG-Richtlinien
- Dem deutschen Gesetzgeber bleibt nur ein eng begrenzter steuerpolitischer Spielraum, insbes. bzgl.
 - steuerliche Sonderregime
 - Steuersätze
 - Steuerverfahren
- Grenzen des verbleibenden steuerpolitischen Ermessen insbes.:
 - Vorgaben der deutschen Verfassung
 - EG-rechtl. Grundsätze der Neutralität und Verhältnismäßigkeit



III. Reformbedarf

- Relativ hohe Betrugsanfälligkeit
- Rechtsunsicherheit wegen z.T. lückenhafter oder unpräziser Richtlinienvorgaben
- Missachtung von Grundprinzipien / unverhältnismäßige Belastungen durch Einzelregelungen
- Wildwuchs von Subventionen



III.1 Reduzierung der Belastungen für Unternehmen

- Beanspruchung im Steuerverfahren („compliance burden“)
 - Beseitigung unnötiger Kosten und unzumutbarer Risiken
 - Insbes.: Dokumentations- und Nachweispflichten im innergemeinschaftlichen Warenhandel auf vernünftiges Maß stutzen
- Modalitäten der Steuerentrichtung
 - Sollbesteuerung bewirkt unzumutbaren Liquiditätsentzug
 - Ausnahmeregelung entfristen und ausweiten



III.2 Gewährleistung von Wettbewerbsneutralität

- Doppelte EG-rechtliche Bindung:
 - Interpretation und Umsetzung verbindlicher RiLi-Bestimmungen im Lichte der Wettbewerbsneutralität
 - Wahrung des allgem. Neutralitätsgrundsatzes bei Ausgestaltung besonderer Steuerregime (zB Gruppenbesteuerung)
- Zwei Sündenfälle mit besonderer Breitenwirkung:
 - Steuerbefreiung für die Deutsche Post AG
 - Defizite bei der Besteuerung der öffentlichen Hand



III.3 Mehr Systematik - weniger Privilegien

- Transparenzgebot
 - zB bei milliardenschweren Subventionen für die Landwirtschaft
- Rechtfertigungsgebot, insbes. bei Steuerermäßigungen
 - Schutz des Existenzminimums: Fokussierung auf einen typischerweise dazu dienenden Warenkorb
 - Umverteilung?
 - Subventionierung von Unternehmen?
 - Internationale Wettbewerbsverzerrungen?
 - Eindämmung der Schwarzarbeit?
- Beschneidung von Wildwuchs auch wg. Abgrenzungsschwierigkeiten



Joachim.Englisch@jura.uni-augsburg.de